Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 15 (1925)

Heft: 51

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus der politischen Woche.

Der griechisch-bulgarische Konflikt.

Mit Genugtuung darf man konstatieren, daß dieser Handel, der dem Balkanfrieden so gefährlich hätte werden können, heute durch Schiedsspruch des Völkerbundsrates erledigt ist. Man erinnert sich, wie der Konflikt losgebrochen ist. An der griechisch-bulgarischen Grenze wurde ein griechischer Wachtposten erschossen. Die griechische Armeeleitung, von falschen Frontberichten irregeleitet, machte daraus sofort einen Kriegsfall, drang mit Truppenmacht in Bulgarien ein, beschoß und besetzte die Stadt Petritsch, ohne dabei Leben und Gut der Bewohner zu schonen. Diese mußten wie mitten in einem Kriege Hals über Kopf ihre Wohnstätten verlassen, um Leben und Habe in Sicherheit zu bringen. Die bulgarische Regierung rief sofort die Hilfe des Völkerbundes an. Briand, der damalige Präsident des Völkerbundsrates, ordnete sofort telegraphisch das Einstellen der Schießerei an, und beauftragte die Attachés in Athen und Sofia mit der Feststellung des Tatbestandes an Ort und Stelle. Die griechischen Militärs kamen der Aufforderung zum Niederlegen der Waffen und zum Verlassen des bulgarischen Bodens nicht sofort nach und mußten gemahnt werden. Inzwischen bestimmte der dringlich zusammenberufene Völkerbundsrat eine dreiköpfige Untersuchungskommission unter der Leitung des Sir H. Rumbolt, des britischen Botschafters in Madrid, die entscheidende Anträge zu stellen hatte.

An der kürzlich in Genf eröffneten 37. Sitzung des Völkerbundsrates lagen nun die Ergebnisse der Untersuchung und die Anträge der Kommission vor. Griechenland wurde als der schuldige Teil befunden und zu einer Entschädigung von insgesamt 30 Millionen Lewa an Bulgarien verurteilt. Bulgarien war an der Sitzung in Genf durch seinen Außenminister Kalfoff vertreten, Griechenland durch Rentis, der ebenfalls Außenminister ist. Letzterer suchte das Vorgehen seiner Armeeleitung zu decken durch den Hinweis auf die ständige Bedrohung der griechischen Grenzgebiete durch die bulgarischen Komitadschis. Kalfoff seinerseits entschuldigte diesbezüglich seine Regierung, indem er nachwies, daß die den Bulgaren durch den Vertrag von Neuilly gestattete Truppe nicht genüge, um die Ordnung in Macedonien aufrecht zu erhalten.

Nachdem die beiden Parteien schon vorher erklärt hatten, sich dem Schiedsspruch der Untersuchungskommission unterwerfen zu wollen, hat Griechenland seine Berufung an das Haager Schiedsgericht zurückgezogen und erklärt, den Spruch annehmen und die Entschädigung innert der gesetzten Frist von zwei Monaten bezahlen zu wollen. Es verdankt diese neue Schlappe wieder seinen Militaristen.

Mit Recht freuen sich die Freunde des Völkerbundsgedankens über diesen neuen Fall, in dem sich die friedensstiftende Organisation des Völkerbundes bewährt hat.

Der Mosulstreit

hingegen ist eher ein Beweis für die Schwäche dieser Organisation. Auch hier ist in Genf in den letzten Tagen der Schiedsentscheid gefällt worden. Mosul soll definitiv dem Königreich Irak zugesprochen werden. Die Schiedskommission, bestehend aus dem esthländischen General Laidoner, dem tschechischen Oberst Jack und dem Spanier Ortega, haben nach Untersuchung der Verhältnisse an Ort und Stelle die Tatsachen so festgestellt, wie sie liegen. Nichts destoweniger leugnet Ruchdi Bei, der türkische Vertreter in Genf, immer noch jede Verfehlung seiner Regierung und schuldigt die Gegenpartei an, die Grenze und die türkischen Rechte verletzt zu haben. Nach wie vor will die Regierung von Angora das Eingreifen des Völkerbundes nur als einen Vermittlungsversuch aufgefaßt haben wissen; sie anerkennt nur einen Schiedsspruch, der ihr Mosul mit seinen reichen Bodenschätzen zuweist.

Aus dem griechisch bulgarischen Kampfgebiet
Ein gefallener bulgarischer Bauer wird von seiner Familie beerdigt.

Um dieser Haltung das nötige Relief zu verleihen, man müßte sonst darüber lächeln, betreibt Angora eifrige Rüstungen. Erst kürzlich hat das Kriegsministerium den deutschen Rohrbachwerken einen Auftrag für 50 Kampfflugzeuge in Duraluminium gegeben. Und in türkischen Zeitungen kann man lesen, daß die Türkei im Notfalle bereit sei, 800,000 Mann ins Feld zu stellen, um Mosul mit Waffengewalt an sich zu reißen. Sie droht auch mit Rußland, und Ruchdi Bei verläßt Genf mitten in den Verhandlungen, um in Paris mit Tschitscherin zu konferieren. Indessen gewinnt man den Eindruck, daß die Türkei es nicht auf einen Waffengang mit England und einen Bruch mit den Völkerbundsmächten abkommen lassen will; vielmehr wird es weiter zu verhandeln suchen und zuletzt mit einem Abkommen, das ihm einen tüchtigen Anteil am Petroleum in Mosul sichert, zufrieden sein. Die Kemalisten rechnen möglicherweise auf die Unterstützung Deutschlands und möchten darum die Angelegenheit so lange hinauszögern, bis Deutschland im Völkerbund vertreten sein wird und für ihre Interessen einstehen kann.

England und das Abrüstungsproblem.

Durch das U-Bootsunglück im Aermelkanal ist die Abrüstungsfrage akkut geworden. Die Engländer schlagen die Abschaffung der U-Boote vor. Die Amerikaner, die gegenwärtig trotz der schönen Friedensreden ihrer Staatsmänner in einem wahren Rüstungstaumel leben, winken ab. Sie sind ja jetzt auf dem Sprunge, die führende Weltmacht zu werden auch auf dem Meere, wo bisher die Engländer unbestritten herrschten. Der Wunsch der Briten nach Abschaffung der unglückseligen Unterseeboote ist von ihrem Standpunkte aus sehr begreiflich. Das war ja die Waffe, die ihnen die Aushungerungsgefahr so schreckhaft vor Augen stellte. Die französischen Unterseeboote z. B. sind ihnen eine schwere Sorge. Denn bei dieser Waffe spielen mehr als bei irgend einer andern Kriegswaffe das Führertalent und der Wagemut die ausschlaggebende Rolle. Das sind aber Faktoren, die nicht leicht in Rechnung gestellt werden können, und die Engländer, die die weittragendsten Schiffskanonen besitzen, verzichten begreiflicherweise umso lieber auf die unterseeischen Ungetüme als auch die Gegner keine solchen mehr haben werden. Frankreichs Standpunkt ist der entgegengesetzte. Es hat guten Grund, die Unterseeboote in seiner Flottenrechnung höher einzuschätzen als die Engländer tun, und es verlangt darum von England eine viel allgemeinere Abrüstung.

Aus dem griechisch-bulgarischen Kampfgebiet:
Flüchtendes Volk, das auf Eseln seine armselige Habe rettet.

Die Abrüstungsfrage ist im Völkerbundsrat vom französischen Vertreter Paul Boncour aufgegriffen worden. Die Inangriffnahme dieses Problems ist die notwendige Konsequenz aus der in Locarno angefangenen Verständigungspolitik Deutschland verlangt nun als erste Folge seines Beitrittes zum Völkerbund die Abrüstung auch der anderen Mitglieder, da es nur dann den andern Mächten als gleichgestelltes Glied gegenübersteht, wenn auch sie abgerüstet haben, wie Deutschland das erzwungenermaßen hat tun müssen. In der Abrüstungsfrage decken sich momentan die deutschen und französischen Interessen, und darum besteht die Hoffnung, daß die von Paul-Boncour vorgeschlagene Konferenz, an der das Problem in Angriff genommen werden soll, zustande kommen wird. Bereits hat die Unterkommission den Problemkomplex formuliert, über den an dieser Konferenz verhandelt werden soll.

Es soll da zuerst der Begriff der Abrüstung scharf umrissen werden. Es liegt besonders den Franzosen daran festzustellen, daß zu den Faktoren der Kriegsrüstung nicht bloß Schiffe und Kanonen und anderes Kriegsmaterial gerechnet werden. Ebenso wichtig ist heutzutage die Industriekraft eines Landes, wobei natürlich die an der Grenze gelegenen Zentren der Kriegsindustrie als weniger wertvoll eingeschätzt werden müssen als die im Innern des Landes. Ein wichtiger Faktor in der Sicherheitsrechnung eines Volkes ist auch die Gesinnung seines Nachbars. Es kann den Franzosen beispielsweise nicht gleichgültig sein, ob in Deutschland die monarchistische Oberschicht das Heer, die Polizei, die Verwaltung, die Schule, die Justiz und die Presse in ihrer Gewalt hat — wie das heute noch der Fall ist — oder ob die Demokraten und Pazifisten die Hand am Ruder des Staates (mitsamt seinen Machtfaktoren) halten. Sie werden sicher verlangen, daß ihnen angesichts der heutigen innenpolitischen Lage Deutschlands ein größeres Kontingent von Flugmaschinen, Kanonen und Schiffen ꝛc. zugebilligt werde als ihnen prozentual bei einer Abrüstung auf der ganzen Linie zufiele.

Es ist notwendig und nützlich, daß diese Faktoren der Abrüstungsrechnung einmal klar vor aller Oeffentlichkeit erwogen und mit ihren Werten festgelegt werden. Die nationalistischen und monarchistischen Drohungen richten sich so unmittelbar gegen das Volk, das diese Tatsache zu wenig bedacht hat. Denn begreiflich müssen die Deutschen es dann weiter dulden, daß ihre Luftfahrt beschränkt bleibt — so sehr sich auch ihr Stolz dagegen empört — und daß Frankreich über eine schlagfertige Luftflotte verfügt. Sie werden vielleicht weiterhin eine Kontrolle ihrer chemischen Industrie, ihrer Arsenale usw. sich gefallen lassen müssen.

Die Abrüstung wird auch Italien treffen, das eingestandenermaßen wild-phantastische Hoffnungen auf seine Armee und seine Kriegsausrüstung setzt, gerade als ob nicht erst wenige Jahre seit dem Weltkriege verflossen, das Italien 800,000 Männer gekostet hat, als ob wir am Vorabend neuer großer Kriegsereignisse stünden. Das Italien Mussolinis wird der Abrüstung ähnliche hartnäckige Widerstände entgegensetzen, wie es sie dem Werk von Locarno entgegengebracht hat. Aber es wird vermutlich auch hier dem Drucke des übrigen Europa nachgeben müssen, das von einer großen Friedenssehnsucht erfüllt ist.

Die kommende Abrüstungskonferenz wird der Platzmacher einer andern wichtigen Besprechung sein. Schon ist — wiederum durch französische Staatsmänner angeregt, aber auch von deutschen als notwendig erkannt — eine Wirtschaftskonferenz ins Auge gefaßt, bei der über die europäischen Wirtschaftsfragen und über die Frage der internationalen Zusammenarbeit beraten werden soll. Noch ist die Angelegenheit in der Schwebe, da ihr Initiant, der französische Finanzminister Loucheur gegenwärtig dringlichere Arbeiten zu erledigen hat.

Die französische Krise

ist immer noch nicht endgültig gelöst. Das Kabinett Briand erfährt wegen seines Finanzministers schwere Anfechtungen. Es war schon gleich anfangs klar, daß der rechtsgerichtete Loucheur ein schwacher Punkt der neuen Regierung darstellt. Die Sozialdemokraten mißtrauen ihm, und wie sein Finanzplan sofort erkennen ließ, haben sie Grund dazu. Mit ihrer Enthaltung gewann Loucheur für die ersten dringlichen Maßnahmen zwar ein kleines Mehr. Die Not des Augenblickes — 6 Milliarden Staatspapiere waren am 3. Dezember fällig — erforderte die Zustimmung zu der Notenerhöhung von über 7 Milliarden. Die Folgen der neuen Inflation sind heute schon ersichtlich. Die Teurung steigt, der Franken fällt weiter; er steht heute (16. Dezember) bei 18.50 — hundert französische Franken gleich 18 einhalb Schweizerfranken! Die eigentliche Finanzvorlage Loucheurs wird von rechts und links bekämpft. Die sieben Weltwunder — wie die 7 Artikel der Vorlage spottweise genannt werden — bergen in der Tat keine erlösende Idee in sich. Sie verdoppeln oder verdreifachen einfach den Prozentsatz der bisherigen Steuern und drücken so doppelt oder dreifach diejenigen, die bisher schon unter dem Steuerdruck geseufzt haben. Die bisher Geschonten werden weiter geschont. Nicht ganz; denn eine Coupon-steuer ist vorgesehen, und die Steuer- und Kapitalflucht wird mit schweren Strafen bedroht. Auch kehrt Painlevés Kopf- und Caillaux' Luxussteuer wieder. Die Sozialisten müßten sich selbst verleugnen, wollten sie zu diesem Projekt Ja sagen. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen.*) Es wird immer klarer, daß eine Neuordnung des französischen Finanzwesens erst möglich sein wird, wenn der Franken stabilisiert ist; denn jeder neue Kaufkraftschwund stürzt ja die Pläne des Schatzamtes über den Haufen. Und die Stabilisation des Frankens wird erst möglich sein, nachdem die Schuldensumme, die Frankreich an Amerika und England zu zahlen hat und nachdem der Zahlungsmodus festgelegt sein wird. Darum hat der neue französische Gesandte in Washington, Béranger, der seinerzeit Caillaux nach Amerika begleitet hat, die Verhandlungen mit Mellon wieder aufgenommen. Inzwischen hat sich Amerika von den wirklichen Schwierigkeiten Frankreichs überzeugen können, aber auch von dessen Friedens- und Abrüstungsbereitschaft, und es dürfte jetzt entgegenkommender sein als bei Caillaux.

*) Sie ist insofern gefallen, als Loucheur demissioniert hat. Die Finanzkommission wies zwei seiner Punkte zurück. Als neuer Mann wird Doumer genannt.